

UNABHÄNGIGE

SCHWELMER WÄHLER GEMEINSCHAFT E.V.

SWG e.V., Danziger Straße 18, 58332 Schwelm

An den
Bürgermeister der Stadt Schwelm
Herrn Jochen Stobbe
Email: buergemeister@Schwelm.de
Herrn Jürgen Voß - Kämmerer
Email: Voss@Schwelm.de

58332 Schwelm



SWG-Fraktion
im Rat der Stadt Schwelm

Telefon 02336-12478
Telefax 02336-12229

e-mail: SWG-Schwelm@t-online.de

www.SWG-Schwelm.de
www.SWG-Schwelm.com

17. März 2010

Beratung des Finanzausschusses am 15. April 2010

Sehr geehrter Herr Stobbe, sehr geehrter Herr Voß,
unser Fraktionsvorsitzender Herr Jürgen Kranz ist aufgrund dringender beruflicher Verpflichtungen für mehrere Tage geschäftlich verhindert, Ihnen unsere Stellungnahme zuzusenden. Aus diesem Grund übersende ich Ihnen die Ergebnisse unserer Beratungen zur Vorbereitung auf die Sitzung des Finanzausschusses am 15. April 2010.

Vorbemerkung:

Der vorgelegten Resolution der kreisangehörigen Städte des EN-Kreises werden wir zustimmen. Die geschilderte kommunale Finanzlage ist zutreffend, weshalb wir diese Thematik hier nicht zusätzlich ausführen müssen.

Wir regen jedoch an, dass Sie, der Bürgermeister, zusammen mit der Verwaltung und dem Rat der Stadt Schwelm, die Bürger/innen unserer Stadt nochmals auf die katastrophale Finanzlage hinweisen. Die Städte Remscheid und Wuppertal haben in öffentlichen Informationsveranstaltungen die jeweiligen Sparvorschläge erläutert; der WDR hat in mehreren Sendungen über diese Veranstaltungen berichtet. Es war vorauszusehen, dass sich die von den Sparvorschlägen betroffenen Gruppen mit Vehemenz gegen alle Kürzungen zur Wehr setzen würden.

Trotzdem, die Erfahrung (siehe Schließung des Schwelmebades, Vorgang Ehrenberger Straße) hat gelehrt, dass es besser und unbedingt notwendig ist, die Bürger/innen früher und umfassender zu informieren. Auch wenn die Gründe für die Sparvorschläge von Rat und Verwaltung durch die Bürgerschaft nicht oder nur zum Teil akzeptiert werden, sollte wenigstens der Versuch einer umfassenden Information unternommen werden.

Unsere nachstehenden Vorschläge sehen wir deshalb als Diskussionsgrundlage für die – von einer erhofften großen Mehrheit der Ratsmitglieder getragenen – Sparmaßnahmen an.

Unsere Vorschläge im Einzelnen:

- Einer Erhöhung der Grundsteuer B auf 410 Punkte werden wir zustimmen.
- Viele der jetzt ausgewiesenen Zuschüsse an Vereine sind so minimal, dass sie keine echte Hilfe darstellen. Trotzdem ist der Verwaltungsaufwand immens. Wie regen an, dass alle Zuschüsse unter 500,00 Euro jährlich / pro Empfänger gestrichen werden. Alle anderen Zuschüsse sollten um 20 % gekürzt werden. Die dadurch wegfallenden Arbeitszeitstunden / Stellen sollten mit „kw“ Vermerk versehen werden.

- Gleichstellungsbeauftragte sowie
- Leitung des Sozial- und Jugendamtes: Die Kündigung der derzeitigen Stelleninhaber eröffnet neue Möglichkeiten. Diese Positionen sollen zur Zeit nicht neu ausgeschrieben werden und bis zur Wiederbesetzung mit reduzierter Stundenzahl durch andere Mitarbeiter/innen wahrgenommen werden. Auch sollten die Möglichkeiten einer Kooperation mit den Nachbarstädten und / oder der Kreisverwaltung angestrebt werden.
- Verwaltungsstruktur-Reform
- Im Rahmen der Verwaltungsstruktur-Reform sollte geprüft werden, die Rentenberatung als auch die Pflegeberatung durch andere Träger (BfA, Krankenkassen) durchführen zu lassen und die betreffenden Stellen mit einem „kw“ Vermerk zu versehen. Nach unseren Feststellungen ist durch diese Träger eine optimale Beratung gesichert.
- Kündigung einer Mitarbeiterin in der Bücherei:
Die freiwerdende Stelle sollte bis auf Weiteres nicht wieder besetzt werden. Wenn die hierdurch entstandenen Fehlstunden nicht durch ehrenamtliche Kräfte aufgefangen werden können, sollte über eine Kürzung der Öffnungszeiten nachgedacht werden.
- Bücherei: Überprüfung der Gebührenstruktur, insbesondere bei Einzelausleihe.
- Auflösung des Mietvertrages der Büchereiräume:
- Überprüfung zur Aufhebung des Mietvertrages zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens zum Ablauf des Mietvertrages. Eine Kooperation mit den Nachbarstädten zur Weiterführung der Bücherei ist anzustreben.
- Musikschule: Überprüfung der Gebührenstruktur, insbesondere bei Einzelunterricht.
- Standardreduzierung bei den Pflegearbeiten der Grünflächen. Zudem sollten alle Arbeiten im Bereich der Pflegearbeiten – und selbstverständlich auch andere Leistungen die vergeben werden – öffentlich ausgeschrieben werden.
- Die Pflege- und Sicherungsarbeiten in der Verantwortlichkeit des Landesbetriebes Straßenbau NRW sollen nicht mehr von den TBS wahrgenommen, sondern künftig vom Landesbetrieb Straßenbau selber durchgeführt werden. Die dadurch frei werdenden Stellen bei den TBS werden mit einem „kw“ Vermerk versehen.
- Überprüfung Auflösung der Fa. GSWS: Der Vertrag sollte zum frühestmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden. Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung könnten in Kooperation mit der Wirtschaftsagentur EN übernommen werden. Die Aufgaben des Stadtmarketings könnten – wie vordem – von der WGS übernommen werden.
- Fraktionszuwendungen: Die Zuwendungen an die Fraktionen sollten auf 1.000 Euro pro Fraktion und Jahr festgesetzt werden.

Generell unterstützen wir die Vorschläge der FDP-Fraktion, besonders im Einzelnen:

- Vergnügungssteuer: Anhebung auf das Niveau der Nachbarstädte
- Hundesteuer: Anhebung der Hundesteuer für privat gehaltene Hunde ab dem zweiten Hund.
- VHS: Überprüfung der Gebührenstruktur
- Museum: Kürzung der Öffnungszeiten
- Bauverwaltung: Prüfung von „shared service“ im Hinblick auf ein gemeinsames interkommunales Bauamt.

Mit freundlichen Grüßen
für die Fraktion der SWG

Marta Feltkamp

Marta Feltkamp
Geschäftsführerin